

STEFAN BOLLINGER

1968 – Jahr der vertanen Chancen

Nicht nur ein Hubschrauber verflog sich

Einige Tage nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR kam es im Süden der DDR zu einem Zwischenfall. Sowjetische Hubschrauber flogen eine große Rundfunksendeanlage an und stellten erstaunt fest: der von ihnen geortete tschechoslowakische Sender stand bei Dresden.¹ Hier war ein leistungsstarker Sender unter dem Codenamen »Vltava« in den Äther gegangen, der die »gesunden Kräfte« im »Bruderland« unterstützen sollte. Das SED-Politbüro hatte auf einer außerordentlichen Sitzung neben den bereits vorhandenen Sonderarbeitsgruppen am 19. Juli 1968 Albert Norden und Werner Lamertz beauftragt, die Voraussetzungen für die tägliche Rundfunk-Propaganda in das Nachbarland hinein zu sichern.² Das Staatliche Rundfunkkomitee zog unter Nutzung von Radio Berlin International tschechisch und slowakisch sprechende Journalisten und Funktionäre zusammen, die an dieser Front den Kampf gegen den Prager »Revisionismus« aufnahmen. Denn der war für die SED-Führung zum Feind geworden.

Der Irrflug der Hubschrauber war eine der wenigen direkten Pannen bei der militärischen Niederschlagung des Prager Reformversuchs. Der passive Widerstand des tschechoslowakischen Volkes machte den einrückenden Truppen zwar zu schaffen, aber die militärischen Aufgaben erfüllte die Übermacht präzise. Kein Wunder angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses und der von beiden Supermächten akzeptierten Ordnung von Jalta.

Zwar sind keine NVA-Einheiten direkt in das Nachbarland eingerückt. Sowohl Ulbricht als auch die sowjetische Führung wollten in diesem Punkt nicht die unselige Erinnerung an 1938 bzw. 1939 wiedererwecken. Mit zwei in die Operationen als Reserve einbezogenen taktischen Verbänden, der 11. Mot. Schützendivision und der 7. Panzerdivision, hatte sich die DDR aber trotzdem an diesem Völkerrechtsbruch und dieser Beerdigung eines Neuansatzes von Sozialismus aktiv beteiligt. Verbindungsoffiziere, Nachrichtentrupps, Aufklärer und Grenzsoldaten handelten zudem auf CSSR-Territorium.³

Reformen taten not

In den sechziger Jahren gab es die einmalige Situation, in den beiden entwickelten Ländern des Realsozialismus etwas Neues zu versuchen, die Theorie zu bereichern und zu einer leistungsfähigen Praxis des Sozialismus zu kommen. Die DDR und die CSSR stellten sich dem mit unterschiedlicher Konsequenz und letztlich in den

Stefan Bollinger – Jg. 1954, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; abgewickelter Hochschuldozent und Wissenschaftsbereichsleiter; gegenwärtig Dozent in der Erwachsenenbildung; wissenschaftliche Arbeitsschwerpunkte: Krisen- und Konflikttheorie, Transformationsprozesse, Utopieforschung, Parteien und neue soziale Bewegungen

»Wir lernten aus dieser Entwicklung (den Säuberungen der fünfziger Jahre – St.B.) etwas sehr Wichtiges: daß nämlich der Sozialismus für den Mißbrauch durch schlechte, skrupellose und falsche Menschen genauso anfällig ist wie jedes andere System auch. Zumindest in meinen Augen büßte die Idee selbst dadurch nicht von ihrer Reinheit und Größe ein. Meines Erachtens mußte man das System des Sozialismus nur in Einklang mit seinen philoso-

phischen Werten bringen. Das Problem war nur, wie das geschehen sollte.« Alexander Dubček: Leben für die Freiheit. München 1993, S. 100.

»Heute ... frage ich mich, ob das Scheitern des Sozialismus über hundert Jahre nach dem Tod von Karl Marx eine zwangsläufige Folge seiner Theorie war. Er selbst hatte keine feste Vorstellung vom Sozialismus und hielt in seinen letzten Jahren sogar eine nicht-gewaltsame Umwandlung des Kapitalismus für möglich ... Ich frage mich, ob sich das Scheitern des Sozialismus im zwanzigsten Jahrhundert nicht besser dadurch erklären läßt, daß die Realisierung seiner Ideen russischen Radikalen vorbehalten blieb, die mit Dogmatismus und Orthodoxie belastet waren. Meine Lektüre der Schriften von Karl Marx bringt mich zu dem Schluß, daß ein Land wie Rußland für das sozialistische Experiment nicht geeignet war.« ebd., S. 109/110.

entscheidenden Fragen mit diametral entgegengesetzten Konzepten. Es war nach dem heutigen Wissen der letzte Versuch, der möglicherweise eine Chance gehabt hätte. Die weitere Entwicklung des Realsozialismus der siebziger und achtziger Jahre belegt, daß der damalige Versuch und seine fatale Niederschlagung ein nicht mehr zu überwindendes Trauma war, aus dem auch Michail Gorbatschows Perestrojka nicht mehr auszubrechen vermochte.⁴

Reformen lagen Anfang der sechziger Jahre angesichts des Auslaufens des kriegs- und wiederaufbaubewährten Kommandosystems, akuter Wirtschaftskrisen und dem Wandel in der Systemauseinandersetzung in der Luft. In Moskau war die Ikone Stalin vom Sockel gestoßen und aus dem Mausoleum verbannt, das »Tauwetter« wirkte noch, es wurde unter Chruschtschow herumexperimentiert. In der DDR leitete Walter Ulbricht 1962 nach dem Mauerbau eine umfassende ökonomische Neuorientierung ein.

Die Prager Reformer gingen aber weit über das hinaus, was Chruschtschow vorschwebte und was Ulbricht wollte: Sie strebten eine Korrektur des bisherigen Sozialismusmodells und die Abkehr von wichtigen unangreifbaren Leitsätzen eines kanonisierten »Marxismus-Leninismus« an. Das hieß Abkehr von der Herrschaft einer Partei, von der eingeschränkten Diskussion, von einer Demokratie »von oben« für das Volk, von fehlenden politischen und individuellen Freiheiten.

Die tschechoslowakischen Reformen liefen anders. Eine Wirtschaftskrise 1961/62 führte zunächst zu einer Rücknahme bescheidener Veränderungen des zentralistischen Wirtschaftsmechanismus, die als eine Ursache des Desasters angesehen wurden. Erst 1963 begann sich die Einsicht durchzusetzen, daß die Proklamation des Kommunismus als Tagesaufgabe 1960 zwar etwas Klangvolles war, aber ohne einen neuen Wirtschaftsansatz der Alltag nicht zu gewinnen war. Die Verbrechen der jüngsten Geschichte und ihre Opfer drängten auf Gerechtigkeit. Endlich wurden überfällige Rehabilitierungen vorgenommen.⁵ Zunächst waren die Wirkungen auf ideologischem Gebiet zu spüren. Eine Wirtschaftsreform eher technokratischen Zuschnitts wurde 1965 eingeleitet.⁶ Erst jetzt begann eine tiefergehende Diskussion, die von Einsichten in das Funktionieren oder Nichtfunktionieren des Sozialismus Stalinscher Prägung und dem Begreifen von Veränderungen in den Produktivkräften geprägt war. Nicht zufällig hatte schon 1963 die Diskussion um die Kafka-Konferenz Probleme der Entfremdung in den Mittelpunkt gerückt.⁷ Und nun wurde auch im Richta-Report der Akademie der Wissenschaften neben der ausführlichen Argumentation aus der neuen Zivilisationssituation und der Erschöpfung der extensiven Wachstumsquellen auf die Überwindung der Verschwendung der schöpferischen Potenzen abgehoben.⁸ Als besonderes Manko des bisherigen Typs der Industrialisierung und des Wirtschaftens wurden die »schwerwiegenden Einbußen ... beim Menschen« und die beeinträchtigte »Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte« benannt.⁹ Dies entsprach den Beschränkungen der bisherigen Industrialisierung, stimmte aber weder mit den sozialistischen Zielen noch mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution überein.

Das Wirtschaftskonzept der Reformen hob die Interessenwidersprüche als Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung hervor. Die Reformen setzten auf den Markt mit all seinen Risiken und wiesen dem Plan eine nur sekundäre Rolle zu. Sie wollten ein ganzheitliches Modell des Sozialismus, das sich um die Schlüsselrolle des Marktes als Regulator der gesellschaftlichen Beziehungen rankte. Dieses sozialistische System müßte »ein starkes Interesse an der Kapitalkollektivierung« besitzen. Es würde seine »human ausgegerichtete Wirtschaftsentwicklung« durch eine »demokratische makroökonomische Orientierungsplanung« gesteuert wissen, in der der Markt die »planmäßige makroökonomische Regulierung« sichert. Schließlich bedürfe es »politischer Demokratieelemente«, um Interessen zu repräsentieren, Konflikte auszutragen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festzulegen.¹⁰

Im Unterschied zum DDR-Reform-Modell¹¹ setzten die Reformen in Prag erstens betont die historische Diskontinuität und die Kritik am stalinistischen Modell zum Ausgangspunkt ihrer Reform. Zweitens begriffen sie, daß es nicht allein um einen Wirtschaftsmechanismus ging, sondern um die innere Struktur und Macht sich sozialistisch verstehender Gesellschaften. Deshalb stellten sie die politischen Reform gegen die administrativ durchgesetzte führende Rolle einer monolithischen Partei und die im Wortsinne praktizierte Diktatur des Proletariats als wesentliche Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg der Reformen heraus.

Auf diesen Feldern lagen dann auch 1968 die Hauptschwerpunkte der politischen Auseinandersetzung in der CSSR selbst und weniger in einem wirklichen Umbau der Volkswirtschaft. Bemerkenswerterweise wurde mit den Prinzipien der als so wichtig und am jugoslawischen Modell orientierten Arbeiterselbstverwaltung nie so recht ernst gemacht. Kritik konnte deshalb angesichts ausbleibender Veränderungen und einer eher technokratisch denn demokratisch praktizierten Selbstverwaltung relativ gut greifen. Ausbleibende ökonomische Reformfolge in der Kürze der Zeit waren ein ebenso wirksames Gegenargument, obzwar die wirtschaftlichen Kennziffern durchaus positiv waren.¹²

All das machte den fünf, sechs Jahre länger reformerfahrenen SED-Obersten das CSSR-Experiment suspekt. Sicher sind hier Nuancen zu beobachten. Ulbricht war durchaus bereit, den Wirtschaftsreformen in der CSSR zuzustimmen, ja er anerkannte auch notwendige personelle Konsequenzen, was ihm später von Honecker bei Breshnew angekreidet wurde.¹³ Aber schon auf der 5. Tagung im März 1968 kam Ulbricht auch angesichts der Skepsis seiner Politbüro-Genossen und Moskaus nicht umhin, zu polemisieren. Zwar war ihm klar, daß neue Fragen gestellt werden mußten und daß dies nicht konfliktfrei vonstatten geht. Aber er ließ an den Prämissen der Machtsicherung im staatssozialistischen Sinne keinen Zweifel. »Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen ist auf ideologischem Gebiet zu suchen. ... Wir kennen die Geschichte besser ... wir sind der Meinung, daß die Ursachen theoretischer und ideologischer Natur sind, daß sie nicht in der Ökonomik liegen. Das ist bei solchen ökonomischen Reformen immer so, daß es zeitweise diese und jene Schwierigkeiten gibt, sogar Fehler können

»...das herausragendste Ereignis ... war natürlich der 20. Parteitag der Sowjetischen Kommunistischen Partei im Februar 1956 und Chruschtschows geheime Rede am letzten Tag des Kongresses, in der er die kriminellen Machenschaften der Stalin-Herrschaft aufdeckte ...

Ich war ehrlich gesagt noch gar nicht bereit, mir viel von dem anzuhören, was sie mir erzählten (die Moskauer Mitsudenten über die Enthüllungen – St.B.), und ich war schockiert, als die unverblümt erklärten, Stalin sei ein Mörder gewesen. In den kommenden Jahren sollte ich noch viele derartige Schocks erleiden, aber dieser erste kam zu plötzlich und war zu bedeutsam. Stalin hatte sich viele Jahre lang als Verkörperung all dessen ausgegeben, was ich glauben wollte. Jetzt konnte ich ihn auf einmal nicht mehr von den negativen Erscheinungen trennen und nicht mehr glauben, er habe davon nicht gewußt. Jetzt schien es so, als sei er die Ursache dieses ganzen Übels gewesen.«
ebd., S. 111.

»Meine Arbeit in der Kolder-Kommission (vom 12. Parteitag der KPTsch 1962 eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Säuberungen und der politischen Verbrechen der frühen fünfziger Jahre – St.B.) bestärkte mich in meinen reformistischen Ansichten und meinem Entschluß, auf einen politischen Wandel hinzuarbeiten.«
ebd., S. 131.

»So einschneidend die Vorschläge des neuen Modells auch waren, die Eigentumsfrage berührten sie nicht. Selbst eine behutsame Andeutung in Richtung Privatisierung wäre damals ideologisch undenkbar und politisch nicht durchsetzbar gewesen und hätte dem Betreffenden sofort den Vorwurf einer beabsichtigten ›Restauration des Kapitalismus‹ eingehandelt. Die Reform blieb daher eng an das System des Staatseigentums gebunden, aber dennoch war sie ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine rationelle Verwaltung der Volkswirtschaft, insbesondere der Industrie. Ingeheim dachten wir darüber nach, wie wir andere Formen öffentlichen Eigentums stärken könnten, sowohl auf genossenschaftlicher als auch kommunaler Ebene, weil auf beiden Ebenen eine flexiblere Arbeitsweise in der Wirtschaft denkbar war.«
ebd., S. 158.

da passieren und passieren auch. Das kann man alles reparieren. Aber jetzt wird ja eine ganze ideologische Kampagne geführt. Es geht um theoretische Grundfragen der kommunistischen Bewegung. Das ist etwas ganz anderes.«¹⁴ In der Frage der Führungsrolle der Partei, d.h. ihrer engsten Führungsgruppe, und dem Verständnis von Machtausübung für und nicht durch das Volk hatte er keinen Zweifel. Immer wieder betonte er (wie auch andere Mitglieder der Parteiführung), daß die DDR die Prager Probleme musterhaft für sich schon lange gelöst habe, daß sie »auf einer viel höheren Stufe der Entwicklung tätig (ist), als das in der Tschechoslowakei der Fall ist«.¹⁵

Hier prallten zwei unversöhnliche Positionen zum Verhältnis von Macht und Demokratie, von führender Rolle der Partei und Freiheit, von sozialistischer Machtausübung und pluralistischem Parlamentarismus aufeinander. Hier wirkte aber die besondere Situation von DDR und SED, die bei ihren eigenen Reformen durchaus auf die Problematik der Grenzen bisheriger politischer Machtausübung und mangelnder Demokratie gestoßen waren. Die Nähe zur Bundesrepublik und zur westdeutschen Sozialdemokratie, die Furcht vor unkontrollierbaren Folgen von zuviel Demokratie prägten das Verhalten der SED-Führung. Das hatten auch schon jene Künstler und Jugendfunktionäre erfahren müssen, die es mit der geistigen Aufbruchsatmosphäre in den ersten Jahren des NÖS ernst meinten. Die 11. ZK-Tagung im Dezember 1965 ging deshalb als »Kahlschlag«-Plenum in die Geschichte ein, weil sie alle Öffnungstendenzen abrupt ausmerzte.¹⁶

Robert Havemann hatte in einer kritischen Würdigung der Prager Reformen und der Gründe ihrer Niederschlagung durch die Verbündeten erkannt, daß auch hier zutraf, »daß ökonomische Fragen immer zugleich politische Fragen sind, daß sie Machtfragen sind«.¹⁷ Das war auch im Berliner ZK bewußt und ein genaueres Betrachten der Ulbrichtischen Forderungen an die Prager Kommunisten läßt ein sehr patriarchalisches Verhältnis zur »Mit«-wirkung des eigentlichen Souveräns, des Volkes, an der Machtausübung des unangefochtenen politischen Zentrums erkennen.

Für die DDR war das kein Thema. Ihre Antwort bestand in einem unvermittelten Festhalten an den traditionellen Vorstellungen von Diktatur des Proletariats und führender Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, wie sie von Lenin für Rußland konzipiert, von Stalin perfektioniert und schließlich pervertiert wurden. Unausgesprochen galt die Übereinkunft: der Sozialismus müsse auch weiterhin nicht durch das Volk, sondern für das Volk aufgebaut werden, weil es noch nicht reif sei. Daran wurde nicht gerüttelt. Hier konzentrierten sich die biographischen Erfahrungen im Politbüro aus den Klassenkämpfen während des Kaiserreiches, der Novemberrevolution, in Weimar, während des Kampfes gegen den Faschismus und danach im Schutze der sowjetischen Besatzungsmacht beim Aufbau einer neuen Ordnung. Hierzu wurde auch nicht mehr groß argumentiert. Unter Verweis auf die blutigen Ereignisse in Ungarn 1956, aber auch auf Polen 1956 und die Dissidenz Havemanns stellte z.B. Hermann Axen auf der 5. Tagung des ZK März 1968 trocken fest, daß es »nicht erforderlich (ist), daß wir uns

auf diesem Plenum etwa mit der theoretischen Widerlegung dieser Losungen beschäftigen – Losungen, die bekanntlich von Lenin in Auseinandersetzung mit dem Renegaten Kautsky, in der Auseinandersetzung mit Otto Bauer widerlegt wurden und in der ganzen Periode der Entwicklung des Sozialismus immer wieder ... vorgebracht worden sind«. ¹⁸

Bei der Analyse der SED-Position muß neben den Schlußfolgerungen aus dem unmittelbaren Kampf um die Macht zweierlei berücksichtigt werden: Einerseits hatte die SED bereits frühzeitig Erfahrungen mit gescheiterten politischen Strategien, Krisen und Reformversuchen gesammelt. Der »Lernschock« ¹⁹ des 17. Juni 1953 steckte sowohl der Generation Ulbrichts wie auch der nachgeborenen, aber durchaus faschismuserfahrenen Generation Honeckers tief in den Knochen und sollte deren Handeln bis 1989 prägen. Ihre Konsequenz war deshalb, alles zu tun, um Unzufriedenheit zu vermeiden und gleichzeitig die Machtausübung notfalls auch mit harter Hand zu praktizieren. Dazu kam die Erfahrung mit den Ereignissen im Herbst 1956 in Ungarn. Dort hatten sich stärker als in der DDR die Folgen geschwächter Macht und massiver Unzufriedenheit des Volkes gegen ihren vorgeblich eigenen Sozialismus blutig entladen.

Zum anderen wurde die Frage der Macht in der DDR deshalb als besonders akut angesehen, weil ihr Gegner vor der Haustüre und in den Wohnzimmern per Äther mit deutscher Zunge sprach, täglich präsent war. »Der Versuch, die Stellung des sozialistischen Staates und die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei anzutasten, ist unter den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes auf deutschem Boden besonders gefährlich.« ²⁰ Honecker war dabei besonders engagiert. Nach den vorsichtigeren Positionen der NÖS zur Macht – in Gestalt der sozialistischen Menschengemeinschaft und der Orientierung auf den Rechtsstaat durch den VII. Parteitag – wurde nun in der CSSR-Krise der alte Kampfbegriff »Diktatur des Proletariats« bewußt reaktiviert. Und es blieb kein Zweifel, daß es dabei nicht um die weite Fassung dieses Begriffs allein als Bestimmung des Klassencharakters der politischen Macht im Sozialismus ging, sondern auch um das repressive Verständnis dieses Begriffs.

Diese Selbstbeschränkung mündete schließlich in den Sturz Ulbrichts und den Abbruch der eigenen Reform in den ruhigeren Gewässern eines konsumistischen Kurses der Hauptaufgabe unter Honecker. Der ursprüngliche Ansatz Ulbrichts, bereit zu sein, durch die ökonomische Reform und ihre bedingte politische Öffnung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution gewisse Machteinbußen zu akzeptieren und bewußt zu gestalten, um einen Machtverlust zu verhindern, ²¹ wurde nun aufgegeben. Die SED-Führung – bei allen Unterschieden und den unverändert sehr eigenen Positionen Ulbrichts – wollte nunmehr weder Machteinbuße noch Machtverlust. Die Macht wurde mit eiserner Hand festgehalten ... bis sie die eigene Basis endgültig zerstört hatte und wie ein Kartenhaus 1989 zusammenbrach.

Das Jahr 1968 bleibt eine verpaßte Chance. Die DDR- und SED-Führung konnte aus ihrem eingeschränkten Weltbild nicht ausbrechen und begriff nicht die Lebensnotwendigkeit der Demokratisie-

»Die Durchsetzung dieses Reformprogramms war ein mühsamer Kampf. Änderungen der wirtschaftlichen Führungsmethoden bedrohten die Macht des Parteiapparates und der Ministerialbürokratie. Diese festgefahrenen und widerstrebenden Kräfte zögerten die Wirtschaftsreform mit allen möglichen Mitteln hinaus, und schließlich gelang es ihnen, den Umfang des ›Neuen Ökonomischen Modells‹ auf eine unscheinbare kleine ›experimentelle‹ Variante zu reduzieren, die dann im Januar 1967 gestartet wurde. Dieser Versuch wurde ›das vollkommene Wirtschaftssystem‹ genannt, aber schon bald zeichnete sich ab, daß er in seiner amputierten Form keinerlei Erfolgsaussichten hatte.

Damals wurde mir immer klarer, daß wir zuerst Reformen auf politischem Gebiet durchführen mußten, bevor wir die Wirtschaft reformieren konnten. Ich war überzeugt davon, daß die ständige Einmischung des zentralen Parteiapparates in die Leitung der Wirtschaft aufhören und daß es eine strikte Trennung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen geben müsse.« ebd., S. 158.

sechziger und beginnenden siebziger Jahre) Schlüssel zum Verständnis der heutigen politischen Entwicklungen:²⁴ Das betrifft einerseits die Niederlage der realsozialistischen Regimes und generell die Beschädigung sozialistischer Zukunftsantizipationen. Andererseits trifft das aber auch die zunächst einmal triumphierenden marktwirtschaftlichen Kräfte im Westen und ihre Position zum notwendigen Konflikt zwischen den Polen konservativen Bewahrens und alternativen, reformerischen Veränderns dieser Gesellschaft.

Letztlich scheiterte das Experiment im damaligen Kontext zwangsläufig – Systemauseinandersetzung, negativer Glasnost-Effekt, Reformunwilligkeit der Konservativen in der Partei, Selbstgenügsamkeit und Reformblockade des administrativ-zentralistischen Sozialismusmodells waren stärker. Trotzdem, »von einem breiteren Gesichtspunkt aus gesehen übte ... der ›Prager Frühling‹ einen tiefen und dauerhaften Einfluß in der internationalen Arbeiterbewegung aus. Er ist zu einer Art Laboratorium für demokratischen Sozialismus geworden und wird dies ... in Zukunft in noch größerem Maße werden, und zwar für demokratischen Sozialismus in einem industriell entwickelten Lande, ähnlich wie es die Pariser Kommune für die Arbeiterbewegung der Anfänge des Sozialismus war.«²⁵ Auch Claus Leggewie vermutet, daß die Ereignisse und Prozesse in Prag und Paris, aber auch in Vietnam ein »Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft« waren.²⁶ Wir leben in einer Zeit der Umwertung scheinbar festgefügtter Werte und Ordnungen. Einst mächtige und unbezwingbare Supermächte und Militärböcke sind implodiert. Vor allem ist eine versuchte gesellschaftspolitische Alternative mit diesem Untergang von Mächten und Blöcken in Europa fast lautlos und widerstandslos von der Weltbühne abgetreten.

Mit einem qualitativ völlig neuen Produktivkraft-/Technologie-Typ – Raketen, Kernenergie, Automatisierung der Produktion, vor allem aber der Einzug der Elektronik – wurde seit den sechziger Jahren eine neue Stufe menschlicher Zivilisation eingeleitet, die neue politische und ideologische Handlungsmuster erzwang und untaugliche zerstörte.²⁷ Der bisherige Fordismus, jenes auf strenge Regelung der Produktion, seiner Disziplinierung und Militarisierung ausgerichtete System der materiellen Produktion begann sich in jenen Ländern und jenen Produktionszweigen zu erledigen, die bestimmend für die Fortschrittsentwicklung waren. Natürlich, dies war in den sechziger Jahren noch nicht entschieden. Es waren Prozesse, die erst voll in den siebziger und achtziger Jahren greifen sollten. Aber hier wurden Weichen gestellt und Voraussetzungen im Begreifen, Organisieren und Durchsetzen von Produktionen geschaffen.

Diese neue Situation manifestierte sich bereits damals in ersten Symptomen eines tiefen Umbruchs, einer Zivilisationskrise, die zugleich Chancen eines Zivilisationsschubes beinhalten könnte.

Schlaglichtartig zeichneten sich in Paris und Prag die grundlegend anders gearteten Herausforderungen des neuen Produktivkraft/Technologie-Typs mit seinen politischen, sozialen und geistlichen Konsequenzen ab.

In Paris wurde deutlich, daß neben der traditionellen alten Ar-

»Was die Partei angeht, so bauten wir darauf, daß sie durch unsere Bemühungen um Wiedergutmachung vergangenen Unrechts und durch ehrliche politische Arbeit wieder das Vertrauen erringen würde, das sie einst genossen hatte. Wir glaubten, daß wir selbst in freien Wahlen die Unterstützung des überwiegenden Teils der Bevölkerung bekommen würden. Ich bin immer noch der Meinung, daß unser Selbstvertrauen gerechtfertigt war.«
ebd., S. 223.

»Auch ich denke oft über die Ursachen des Zusammenbruchs der Sowjetunion nach. Wie konnte diese gigantische Macht so schnell und so vollständig auseinanderfallen?

Es gibt viele wissenschaftliche Theorien dazu. Ich glaube jedoch, daß allen dieselbe einfache Erklärung zugrunde liegt: Das System ließ keine Veränderung zu. Es schöpfte aus toten Doktrinen und verhinderte ein natürliches Nachrücken neuer Führungskräfte. Als man gegen Ende schließlich versuchte, daran etwas zu ändern, war es schon zu spät.«
ebd., S. 243.

»Im Jahr 1968 kamen wir mit diesem Dinosaurier von einem – damals noch funktionierenden – System in Konflikt. Das Politbüro (der KPdSU – St.B.) hielt das äußere Reich zusammen, das Stalin zusammengerafft hatte, und sorgte dafür, daß nirgends Widerstand aufbrach ... Was wir durchzuführen versuchten, überstieg die Vorstellungskraft seiner Mitglieder.«
ebd., S. 243.

»Von den leeren Phrasen der Sowjets über die ›Konterrevolution‹ abgesehen, drehte sich die Auseinandersetzung im wesentlichen um unsere politischen Reformen, nicht um unser soziales System. Wir waren der Ansicht, daß der Sozialismus – zumindest in unserem Land – nicht ohne Demokratie bestehen könne. Die Sowjets wollten jedoch, daß wir ihr Modell der Einparteiendiktatur wieder einführen. Ich glaubte allerdings nicht, daß sie nur wegen diesen Streits einen Krieg mit uns anfangen würden ... Ich rechnete nicht damit, daß die Sowjets etwas tun würden, was notwendigerweise für sie selbst katastrophale Folgen haben mußte (was ja auch der Fall war, wie heute keiner bestreiten würde). Und ich war einfach nicht auf die Falschheit gefaßt, die sie bald an den Tag legen sollten.«
ebd., S. 243/244.

beiterbewegung nun neue Mittelschichten ihre politischen Ansprüche gelten machten und eine neue Form der politischen und sozialen Regulierung durchgesetzt werden mußte. Es ging nicht mehr um eine klassische Erhebung zur sozialen Befreiung oder um höhere Löhne. Die Brüder Cohn-Bendit, Führer der Pariser Studenten im Mai, schrieben: »Die Studenten sind in der Mehrzahl nicht arm. Der Protest zielt vielmehr auf die hierarchisierte Gesellschaftsstruktur, auf die Unterdrückung im Komfort.«²⁸ Neue soziale Bewegungen fanden hier ebenso ihren Ursprung wie Einstiege in ein durch Bürgerinitiativen und außerparlamentarische Aktivitäten gelockertes System parlamentarischer Demokratie. Bislang konsequent antikommunistisches und konservatives Denken, so die westdeutsche Erfahrung, wurde durchlöchert. Zudem begann ein postmaterialistisches Wertesystem gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen.²⁹

Analog wurde Prag zum Pionier des Versuchs, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu begründen. Demokratie und marktwirtschaftliche Ökonomie sollten verbunden werden. Es war die letzte Chance für einen Abschied vom sowjetischen Modell.

Und auf einen weiteren Aspekt ist zu verweisen. Der Erfolg der vietnamesischen Befreiungsbewegung in der Tet-Offensive im Frühjahr 1968 ließ die dortige Patt-Situation erkennen. Die Erfahrung mit Kuba 1961/62 bestätigte sich erneut: auch mit Stellvertreter-Kriegen konnte der Ost-West-Konflikt nicht militärisch entschieden werden. Militärische Stärke stieß bei der Disziplinierung der 3. Welt ebenso auf Grenzen wie bei der Verteidigung und Ausdehnung der Einflußzonen der Supermächte und ihrer Blöcke. Der Übergang zum Kernwaffen-Einsatz als ultimo ratio erwies sich als zu risikvoll. Gerade deshalb waren jene Jahre mit ihrem Beginn einer »Annäherung durch Wandel«, mit der neuen Ostpolitik und mit Zwischenlösungen in der Deutschlandfrage wichtige Meilensteine zur Ablösung des Kalten Krieges.

Der Kalte Krieg starb langsam

Ironie der Geschichte: in Prag wurden kurzfristige Hoffnungen einer neuen Ostpolitik zu Grabe getragen, die in ihrer Ausrichtung auf die Herstellung normaler Beziehungen zum Osten auch von der Studentenbewegung des Westens begrüßt wurde. Dort wollte man das Ausbrechen aus der Logik der Blockkonfrontation, aus dem Fortleben des alten imperialistischen Deutschlands und ein Ende der militärischen Konfrontation, wie sie nachdrücklich in Vietnam erlebt wurde. Das bedeutete bei vielen Aktivisten keineswegs Liebe zum Realsozialismus – ihre Traumziele lagen weiter weg in den verklärten chinesischen, vietnamesischen oder kubanischen Gefilden. Andererseits war die bewaffnete Niederwerfung des Reformversuchs in Prag noch einmal ein Aufbäumen des Kalten Krieges. Neben der begriffenen Gefahr für das stalinistische Modell mit Diktatur des Proletariats und führender Rolle der Partei waren die Hardliner zugleich von den Risiken des Verlustes des »Schlüssels zu Europa«, wie Bismarck Böhmen nannte, motiviert. Und auch der Westen spielte dieses Spiel.

Der Einschnitt der neuen Produktivkräfte, die ja auch eine Ver-

änderung der menschlichen Produktivkraft weg von der traditionellen kapitalistischen Klassenspaltung allein zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin zu einer differenzierteren Klassen- und Sozialstruktur führte, hatte Konsequenzen:

– Die Chance, mit dem bisherigen Systemgegensatz und den ihm untergeordneten nationalen und internationalen Konflikte zu brechen und den Wettbewerb und vielleicht gar eine mögliche Zusammenarbeit auf die wissenschaftlich-technischen Revolution zu verlagern, war groß. Wenn auch die Problematik globaler Probleme erst in den folgenden Jahren langsam begriffen wurde.

– Der Verlust der klaren Klassenkampffronten in den einzelnen Staaten, so daß die alten Feindstellungen in alter Weise nicht mehr zutrafen und sich insbesondere in Gestalt der intelligenzintensiven neuen Mittelschichten neue Akteure mit eigenen Ansprüchen anmeldeten. Die traditionelle Arbeiterbewegung konnte sich nur zögerlich anpassen, was im Mai 1968 die FKP zum Bremser machte.

– Ansätze für den Verzicht auf die bisherige Entwicklungslogik einer extensiven Ausbeutung von Mensch und Natur hin zu intelligenten Lösungen begannen sich einzustellen. Nur drei Jahre später stellte der Club of Rome seine »Grenzen des Wachstums« vor.

– Das Ende des vereinfachten Zuordnens nationaler Befreiungsbewegungen zu einem der großen Blöcke ließ neue politische Konstellationen erahnen.

– Das Aufbrechen der Blocklogik, wie sie nach Jalta und mit dem Kalten Krieg die zwischenstaatlichen und die innergesellschaftlichen Bedingungen bestimmten, begann langsam zu greifen. Die »neue Ostpolitik« und der Entspannungsprozeß der siebziger Jahre verlagerten die Systemauseinandersetzung auf das Feld des ökonomischen Wettstreits und des Einforderns der bürgerlichen Freiheiten.

Versäumtes ist Verlorenes?

Nicht ganz unverständlich ist der oben angedeutete Verzicht auf ein zu intensives Erinnern an jenes Jahr und seine mögliche Entscheidungen:

– Die Vertreter eines dogmatischen Kommunismus wollen mit keiner Spielart eines marktwirtschaftlich organisierten und demokratisch gestalteten Sozialismus zu tun haben, weil dies für sie nur eine Preisgabe der wirklichen Werte einer Diktatur des Proletariats und einer führenden Rolle der Partei ist.

– Die regierenden Konservativen (das soll kein Parteietikett sein) im Westen erinnern sich mit Entsetzen an einen inneren Aufruhr gegen bestehende Traditionen und Hierarchien, gegen vorhandene Macht- und Wirtschaftsstrukturen, ja an eine Renaissance sozialistischen Denkens, die vielleicht in der heutigen Krisensituation wieder aktuell werden könnte.

– Ein Teil der undogmatischen Linken, die später teilweise und zeitweise in Friedensbewegung, Umweltbewegung, bei den Grünen heimisch geworden sind und den Weg zu einer realpolitischen Alternative gesucht und gefunden haben, wollen heute revolutionäre, gar marxistische Jugendsünden nicht mehr wahrhaben.

1968 rebellierten Menschen unterschiedlicher sozialer Ausrich-

»Damals war ... (ich) der Überzeugung, daß die Gesellschaftsordnung, wie sie in der Sowjetunion und in Osteuropa bestand, über kurz oder lang scheitern mußte. Der Sozialismus kann wie jedes andere moderne Gesellschaftssystem nicht ohne Demokratie existieren. Demokratie war das Anliegen der entscheidenden Kurskorrektur, die ich 1968 versucht hatte. Aber seit man uns gewaltsam daran gehindert hatte, unsere Pläne in die Realität umzusetzen, wußte ich, daß dies die tödliche Krise des Sowjetsystems nur noch weiter vertiefen und das Ende beschleunigen würde.« ebd., S. 375.

»Die Perestroika war eine verwässerte Version unseres Aktionsprogramms von 1968, und Glasnost konnte mit der Pressefreiheit, die wir damals erreicht hatten, nicht mithalten. Dennoch konnte niemand die Ähnlichkeit übersehen. Damals machte ein Witz die Runde, der mir sehr gefiel: ›Was ist der Unterschied zwischen Gorbatschow und Dubček? Zwanzig Jahre!‹.« ebd., S. 380.

»Durch die Säuberungen in den Jahren 1969 und 1970 waren erfolgreich alle Reformen aus der tschechoslowakischen KP hinausgedrängt worden. Es war niemand mehr da, der einen neuen Kurs hätte steuern können. Im Jahr 1987 konnte sich die Partei nicht verändern, sie konnte sich nicht einmal ein freundlicheres Äußeres zulegen.«
ebd., S. 381.

tung, weil Strukturen und Mächte starr geworden waren. Im Westen gelang es damals, dieses Aufbegehren zunächst zu repressieren und dann erfolgreich zu integrieren. Im Osten wurde diese Chance erst gar nicht begriffen und die herrschenden Politbüros blieben bei der Repression stehen. Die Resultate sind heute zu bewundern.

Der Rückgriff auf die Erfahrungen des Jahres 1968 ist heute sicher problematisch. Es gibt keine Blockspaltung mehr, der Realsozialismus ist bis auf ein großes (China) und mehrere kleine Länder (Vietnam, Kuba, Nordkorea) historisch abgetreten. Der neue Produktivkraft-Typ setzt sich unerbittlich global durch. Sozialreformerische Auswege sind in den achtziger und beginnenden neunziger Jahren weitgehend vom Neoliberalismus verdrängt worden. Selbst die langsam wieder erstarkenden sozialreformerischen Antworten sind von diesem Neoliberalismus geprägt.

Der Umbau staatssozialistischer Gesellschaften steht – mit den genannten Ausnahmen – nicht mehr an. Dafür kann Prag nicht mehr die Blaupause sein. Und doch sind einige zentrale Fragestellungen von Ost wie West aus dem Jahre 1968 auch heute relevant: Wie kann eine sozialistische Wirtschaftsalternative aussehen, wieviel Markt muß den Plan ergänzen? Bestimmen vernünftige Bedürfnisse die Warenproduktion oder doch nur die Profitgier? Wie sind hier Steuerungsmechanismen zu installieren? Wieviel Mitbestimmung und Mitgestaltung der Produzenten sind notwendig und möglich? Vermitteln Werk tätigenräte und Okkupationsstreiks dafür Erfahrungen? Wie demokratisch müssen alternative Gesellschaften sein und welche Rolle sollen Parlamentarismus und Basisdemokratie spielen? Haben politische Parteien noch eine Chance? Welche Rolle müssen Linksparteien in einem neuen hegemonialen Block spielen? Wie können Autorität und Selbstbestimmung, Freiheit und Zwang harmonieren? In Prag bestimmte ein sozialistischer Parlamentarismus, gekoppelt mit Produktionsdemokratie die Diskussion, in Paris Anarchismus und direkte Aktion – ist eine Ehe möglich?

Heute steht die Gesellschaft nach dem Triumph über ein bereits damals ausgeschiedenes, weil innovationsunfähig gewordenes Systems in einem beschleunigt sich fortsetzenden Wandel der Produktivkräfte. Die Gesellschaft steckt in einer tiefen Krise, die damals angelegt und keineswegs ausgereift war. Die Umwelt rebelliert, Arbeit ist zur Mangelware geworden, soziale Netze werden nach Wegfall des Realsozialismus noch löchriger, der Trikont hungert in weiten Landstrichen, die ehemals 2. Welt windet sich in den Qualen einer Transformation zu einer westlichen Gesellschaft. Die ist in ihrer frühkapitalistischen Variante mit neokolonialer Ausbeutung über sie gekommen, ohne daß adäquate politische Strukturen und sozial orientierte Gegenmächte entstanden sind. Krise gibt es genug, die Sackgasse nähert sich ihrem Ende – welche Entscheidungen werden diesmal fallen?

1 Siehe [diverse Akten aus dem Bestand Büro Prof. Albert Norden] - Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: SAPMO-BArch, ZPA) DY 30 IV A 2/2028/142.

- 2 Siehe [Politbüro des ZK der SED, Reinschriftprotokoll Nr. 33 der außerordentlichen Sitzung vom 19. Juli 1968] SAPMO-BArch, ZPA DY J IV 2/2/1183.
- 3 Siehe z.B. Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995; Prieß, Lutz/Kural, Václav/Wilke, Manfred: Die SED und der »Prager Frühling« 1968. Politik gegen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, Berlin 1996
- 4 Zu den historischen Fakten und theoretischen Konzepten siehe meine ausführliche Studie: Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance. Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V.: Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart, Bd. 1, Berlin 1995. Zum Thema siehe von mir auch: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg - SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; Prager Frühling - Testfall für einen demokratischen Sozialismus? Chancen, Dilemmas, Probleme, in: UTOPIE kreativ, 35/36 (1993), S. 39-52; DDR-Außenpolitik im Spannungsfeld von Innenpolitik, Führungsmacht und 'alter ego' BRD: Das Verhängnis des Jahres 1968. In: Kaufmann, Sylvia-Yvonne (Hrsg.): DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht. Politikwissenschaftliche Konferenz der PDS. 16. April 1994, Berlin o.J. (1995), S. 149-156; »Prager Frühling« - unverstandene Chance und zerstörte Hoffnung. Tschechoslowakische Reformer probten einen demokratischen Sozialismus. Erscheint in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, H. 3/1998.
- 5 Siehe u.a. Pelikán, Jiri (Hrsg.): Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und »Rehabilitierungen« in der Tschechoslowakei 1949-1968, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1970; Siska, Miroslav: »Verschwörer, Spione, Staatsfeinde ...«. Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954. Hrsg. von Eckart Mehls und Bärbel Birnstengel, Berlin 1991.
- 6 Siehe Grundsatzresolution des ZK der KPC vom 29. Januar 1965 zum Neuen Ökonomischen System. In: Norden, Peter: Prag - 21. August. Das Ende des Prager Frühlings, München 1977, S. 16-25.
- 7 Siehe Reimann, Paul (Redaktion): Franz Kafka aus Prager Sicht, Prag 1965.
- 8 Siehe Richta, Radovan und Kollektiv (Hrsg.): Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse, Frankfurt/M. 1971.
- 9 Ebd., S. 109.
- 10 Sik, Ota: Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hamburg 1972, S. 430-431; siehe auch schon ders.: Ökonomie - Interessen - Politik, Berlin 1966 (Prag 1962).
- 11 Zur Gesamtproblematik des NÖS siehe Bollinger, Stefan: Die halbe Reform - Neues Ökonomisches System: für eine effektivere Wirtschaft, aber nicht für einen demokratischeren Sozialismus. In: Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 4, Bonn-Berlin 1994, S. 239-254; Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1990, Freiburg - Berlin 1990; ders.: Das Neue Ökonomische System - Dekonstruktions- oder Paradigmenwechsel? hefte zur ddr-geschichte, H. 3, Berlin 1993; Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.
- 12 Siehe kritisch auch Schmid, Fred: Demokratisierung oder Liberalisierung. Zur ökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei. In: Fojtik, Jan/Hartmann, Bernd/Schmid, Fred: Die CSSR 1968. Lehren der Krise, Frankfurt/M. 1978, S. 80-106; Kosta, Jiri: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974.
- 13 Siehe [Sogenannter »Brauner Kalbslederband« mit einer Zusammenstellung von Dokumenten der SED-Geschichte durch Honeckers - Arbeitsprotokoll 8. Sitzung des Politbüros vom 21.2.1989 - hier: Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970 - ohne Datum (Anfang 1971), Verfasser offensichtlich Honecker, Paraphie E.H. - Für das Archiv des ZK] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/2A/3196.
- 14 [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des Zentralkomitees am 21. März 1968, Schlußwort Walter Ulbricht, S. 144/145] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/1/212.
- 15 [Stenografische Niederschrift der 8. Tagung des Zentralkomitees vom 23. August 1968, Referat Walter Ulbricht, S. 46] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/1/219; siehe auch [Stenografische Niederschrift von der Beratung der Kommission zur Herausgabe des Lehrbuches »Politische Ökonomie« - 30.9.1968, S. 1] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 NL 182/899, S. 118.
- 16 Siehe Agde, Günter (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.
- 17 Havemann, Robert: Der Sozialismus von morgen. In: ders.: Berliner Schriften, Berlin 41977, S. 11.
- 18 [Stenografische Niederschrift der 5. Tagung des Zentralkomitees am 21. März 1968, Diskussionsbeitrag Hermann Axen, S. 90] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/1/212.
- 19 Siehe Jänicke, Martin: Krise und Entwicklung in der DDR - Der 17. Juni 1953 und seine Folgen. In: Hartmut Elsenhans/Martin Jänicke (Hrsg.): Innere Systemkrisen der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 162.
- 20 [Stenografische Niederschrift der 6. Tagung des Zentralkomitees vom 6. bis 8. Juni 1968, Diskussionsbeitrag Erich Honecker, S. 86] SAPMO-BArch, ZPA DY 30 J IV 2/1/214.
- 21 Siehe Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt, a.a.O., S. 28.
- 22 Exemplarisch siehe Sontheimer, Kurt: Eine Generation der Gescheiterten. Abgestanden, ja reaktionär sei ihr ideologisches Denken gewesen und noch heute leide die Politik unter der Erblast der Studentenrevolte. In: Die Zeit, Hamburg, H. 15/1993, S. 11.
- 23 Fromm, Erich: Die Revolution der Hoffnung. Für eine Humanisierung der Technik, München 2/1991, S. 19.
- 24 Siehe Wallerstein, Immanuel: Geopolitics and geoculture. Essays on the changing world-system, Cambridge 1991.
- 25 Pelikán, Jiri: Internationale Arbeiterbewegung, »Prager Frühling« und weitere Reformversuche am sowjetischen Gesellschaftsmodell. In: Mlynár, Zdeněk (Hrsg.): Der »Prager Frühling«. Ein wissenschaftliches Symposium Köln 1983, S. 259.

- 26 Leggewie, Claus: 1968: Eine Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Zeitschrift Das Parlament, Bonn, H. B 20/88, S. 3-15.
- 27 Siehe dazu eine ausführlichere Argumentation in: Bollinger, Stefan: Zwischen Alpträumen und Utopie. Linke Zukunftssuche und ihre Ängste. Hrsg.: Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e.V. Potsdam 1993; ich beziehe mich auf Klein, Dieter: Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988; Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS: Der neue Produktivkrafttyp. Ökonomische und soziale Umbrüche - Konsequenzen für politische und gewerkschaftliche Kämpfe, in: UTOPIE kreativ, Berlin, H. 33-34/1993, S. 123-133.
- 28 Cohn-Bendit, Gabriel und Daniel: Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 124.
- 29 Siehe Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton/New Jersey 1977.